Leipziger Tageblatt und Handels-Zeitung

Morgen-Ausgabe

Bezugspreis: für Leipzig und Vororte zweimal täglich ins Haus gebracht, Sonntags als Morgenausgabe monatl. M. 18.—, viertelj. M. 50.— für Abholer monatl. M. 14.—. Morgen-Ausgabe allein M. 7.50 monatlich, Abend-Ausgabe allein M. 3.— monatlich. Durch unsere auswärtigen Filialen ins Haus gebracht monatlich M. 19.—, vierteljährlich M. 30.—; durch die Post innerhalb Deutschlands, frei ins Haus geliefert, Gesamt-Ausgabe monatlich M. 9.—, vierteljährlich M. 27.—. Nationalversendung monatlich M. 10.— und Drucksachen-Porto. Einzelnummern: Morgen-Ausgabe 30 Pf., Abend-Ausgabe 40 Pf., Sonntags-Ausgabe 40 Pf.

Das Leipziger Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig, des Amtsgerichts Leipzig, sowie verschiedener anderer Behörden.

114. Jahrgang

Anzeigenpreis: für Dr.-Leipzig u. Umgeb. die einspalt. Nonpareillezeile M. 1.75, von auswärts M. 2.25; Anzeigen von Behörden im amtlichen Teil die Nonpareillezeile M. 3.50, v. ausw. M. 5.—; kleine Anzeigen die Nonpareillezeile M. 1.50, von auswärts Mk. 1.50, Geschäftsanzeigen mit Vorschriften im Preis erhöht. Platz- und Datenvorschrift ohne Verbindlichkeit. Beilagenpreis für die Gesamtauflage Mk. 12.— netto, für Teilauflage Mk. 15.— netto pro M. Postgebühr extra. Fernsprech-Anschluß Nr. 14451, 14452, 14453. — Telegrammadresse: Tageblatt. Geschäftsstelle und Redaktion: Leipzig, Johannisgasse Nr. 8. Verlag Dr. Reinhold & Co., Leipzig

Nr. 597 — **Mittwoch, den 22. Dezember** — 1 20

Demission des Kabinetts Rhallis

Regierungsschwierigkeiten in Griechenland

(Drahtbericht.)

Athen, 21. Dezember.

Ministerpräsident Rhallis hat dem König die Demission des Kabinetts überreicht. Der König hat Rhallis gebeten, mit dem Ministerium bis zum Zusammentritt der Kammer im Amte zu bleiben.

* * *

Die Gründe für den Rücktritt des Kabinetts sind zurzeit noch nicht bekannt geworden. Rhallis hat vor einem Monat den schwierigen Posten übernommen und bis zur Rückkehr König Konstantins die Geschicke Griechenlands geleitet. Daß diese Aufgabe nicht einfach war, lag auf der Hand, und auch in der nächsten Zeit wird die Regierung Griechenlands vor schwere Aufgaben gestellt sein. Wir konnten in unserem gestrigen Leitartikel zeigen, wie das Land an seinem Imperialismus zusammengebrochen ist und wie seine Schulden ungeheuer gewachsen sind. Auch in Zukunft will das Volk der Hellennen seine Eroberungen nicht aufgeben, und König Konstantin rechnet bestimmt auf die Liebe seines Volkes. Ob diese freilich groß genug ist, die finanziellen Opfer zu bringen, die nötig sind, um das soziale Elend zu beseitigen und den Tiefstand der Staatsfinanzen zu beheben, bleibt dahingestellt. Weiterhin erschwert die zweifelhafte Haltung der Entente gegenüber König Konstantin die Lage der griechischen Regierung ganz bedeutend. Es ist möglich, daß Rhallis die aufgetürmten Schwierigkeiten erkannt hat und er und sein Kabinett sich der außerordentlich schweren Situation nicht gewachsen fühlt.

König Konstantin an sein Volk

(Drahtbericht.)

Athen, 21. Dezember.

König Konstantin hat an das griechische Volk eine Botschaft gerichtet, in der u. a. erklärt wird, daß er sich glücklich fühle, sich wieder bei seinem Volke zu befinden. Die Volksabstimmung habe die Wahrheit der von seinem unvergeßlichen Vater übernommenen Losung: „Meine Stärke liegt in der Liebe des Volkes" gezeigt. Sein Leben werde nur noch das eine Ziel kennen: sich würdig zu erweisen der Liebe des Hellenenvolkes durch strenge Einhaltung der Verfassung und des parlamentarischen Regimes. Er werde im Innern Ruhe und Eintracht, nach außen die Vollendung des nationalen Wiederaufbaues erstreben und alle Anstrengungen machen zur Festigung bester Beziehungen mit den Alliierten und dem verbündeten Serbien. Die Verlobung seines Sohnes Georg, des Thronfolgers, mit Elisabeth, der Tochter des rumänischen Königs, und seiner Tochter Helena mit dem rumänischen Kronprinzen Karol knüpfe herzliche Bande mit Rumänien.

Ein Ultimatum an d'Annunzio

(Drahtbericht.)

Rom, 21. Dezember.

Ein von Caviglia an d'Annunzio gerichtetes Ultimatum stellt drei Bedingungen:

1. Räumung von Veglia, Arbe und den anderen kleineren Ortschaften, die durch den Vertrag von Rapallo Südslawien zugesprochen worden sind.

2. Die Möglichkeit für die italienischen Kriegsschiffe, den Hafen von Fiume zu verlassen, und Rückgabe der Schiffe und Panzerautos, die nach der Blockade nach Fiume gekommen sind.

3. Auflösung der Truppen, soweit es sich nicht um Bürger Fiumes handelt.

Wie Caviglia hinzufügt, läßt er Unterhandlungen nur in bezug auf Einzelheiten der Ausführung dieser drei Punkte zu. Er weist d'Annunzio darauf hin, daß man sich nach der Stimmung der Einheimischen richten müsse. Diese hätten sich zu entscheiden, ob sie sich für den der Ausführung des Vertrages vorhergehenden Zeitraum unter den Schutz der italienischen Truppen stellen, oder die schwerwiegenden Folgen auf sich nehmen wollen, die sich aus den von Italien vorgesehenen Maßnahmen ergeben würden.

Die Finanzlage Italiens

(Drahtbericht.)

Rom, 21. Dezember.

In der Kammersitzung hat der Schatzminister eine Uebersicht über die Finanzlage gegeben. Nach dieser haben die tatsächlichen Einnahmen des Haushaltjahres 1919/20 14 233 Millionen Lire betragen, die Ausgaben 23 067 Millionen; der Fehlbetrag für das Jahr 1920/21 wird hinter dem Voranschlag zurückbleiben. Der Fehlbetrag des folgenden Haushaltjahres wird um weitere vier Milliarden niedriger sein, ungerechnet sehr bemerkenswerter Verbesserungen, die sich sofort erreichen lassen werden. Die Wechselkurse und die Kohlenpreise würden fallen. Ein weiterer Vorteil von etwa fünf Milliarden Lire werde sich aus dem augenblicklich verhandelten Getreidegesetz ergeben. So nähere sich der Staatshaushalt seinem Gleichgewicht. Die Eingänge nähmen stetig zu, und Maßnahmen zur Verminderung der Ausgaben seien im Zuge. Die Lage befestige sich mehr und mehr.

Die Mietsteuer als Sozialisierungsform*)

Von

Rechtsanwalt Dr. Hans Breymann,

Vorsitzendem des Deutschen Siedlungsverbandes (Verband gemeinnütziger Krieger-Siedlungen), in Leipzig.

Die Wohnungsnot ist jetzt die ärgste Sorge, die unser Volk beunruhigt. Die Ernährungsschwierigkeiten können insoweit wenigstens als überwunden gelten, als Nahrungsmittel, wenn auch zu erschreckend hohen Kosten, vorhanden sind. Die Wohnungsnot bedrängt aber die Gesamtheit unseres Volkes allmonatlich mehr. In die Unruhe verwiesen, an dem Genuß des heimischen Herdes behindert, drohen weite Kreise des Volkes entsprechend unruhig über Staatsfürsorge und schließlich über den Staat selbst zu denken. Der Fachmann weiß, daß gerade die Wohnungsnot der fruchtbarste Nährboden für kommunistische und bolschewistische Erwägungen ist. Um so größer ist die Gefahr.

Die Steigerung der Bautätigkeit und die Umsiedlung, die demgegenüber zum dringenden Bedürfnis und überdies durch unsere volkswirtschaftliche Umstellung dauernd nötiger werden, begegnen gemeinhin dem Einwand, daß der Bau neuer Heimstätten zu teuer sei. Diese landläufige und regelmäßig wiederkehrende Art der Betrachtung beurteilt aber den bestehenden volkswirtschaftlichen Zustand aus einem falschen Gesichtswinkel, und ist deshalb gefährlich, weil mit der Verneinung der Möglichkeit des Baus überhaupt dem Mittel zur Beseitigung der Wohnungsnot die erste Grundlage entzogen zu werden droht.

Das Bauen ist nicht teuerer, wie jede andere wirtschaftliche Betätigung der Jetztzeit! Die heutigen Preise des Bauens sind die geraden Folgen der erhöhten Löhne und Rohstoffe. Nur die Mieten in alten Häusern werden künstlich niedergehalten durch die Zwangswirtschaft, deren Tätigkeit sich in den Mieteinigungsämtern äußert. Gewiß ist deren Arbeit, wie gar nicht in Abrede gestellt werden soll, eine ungemein heilsame gewesen, denn sie hat wenigstens an einer Stelle wirksam den Wucher verhindert. Die Brotversorgung und die Mieteneinschränkung sind jedenfalls die einzigen tatsächlich wirksamen Formen rationeller Versorgung und Preisniederhaltung gewesen. Aber wie jede Zwangswirtschaft auf die Dauer nicht haltbar ist, besonders wenn ihre Aufrechterhaltung volksschädlich wirkt, so muß auch die Mieterfürsorge in der bisherigen Form abgebaut werden, wenn sie nicht, wie jede andere Zwangswirtschaft, in sich selbst zusammenbrechen soll.

Schon heute besteht der Tatbestand, daß die Mietkosten nicht mehr gleich dem Betrage der Mietquittung sind. Die Reparaturen werden dem Mieter heute schon regelmäßig auferlegt. Er pflegt sie nur für gewöhnlich nicht oder doch nicht unter den Mietkosten zu verbuchen, und läßt sich damit oft über deren Höhe täuschen.

Jedenfalls besteht infolge der Zwangswirtschaft jetzt der auf die Dauer unhaltbare Zustand, daß die Mieten in alten Wohnungen außerordentlich niedrig sind, während die Wohnrente in neuerbauten Heimstätten demgegenüber unverhältismäßig hoch erscheint. Tatsächlich stellt letztere Wohnrente aber nur die notwendige Verzinsung der aufgewendeten Kapitalien dar, während die Miete in den früher erbauten Häusern künstlich niedergehalten wird. Die Spannungen zwischen beiden Arten des Wohnungsentgelts sind, wie später gezeigt werden soll, ganz außerordentlich große. Dadurch ist der Glauben in der Bevölkerung gefestigt worden, daß tatsächlich an Miete nicht mehr gezahlt werden könne, als das Mieteinigungsamt derzeit zuläßt. Gewiß ist die minderbemittelte Bevölkerung schwer bedrückt durch die unverhältnismäßigen Kosten des täglichen Lebens, insbesondere der Ernährung und Bekleidung, der beiden anderen Hauptnöte. Daß für Nahrungsmittel und Kleidung das Zehn- bis Zwanzigfache der bisherigen Preise aufgewendet werden müßte, ist allen Leuten geläufig geworden und wird als Folge der wirtschaftlichen Umstände mehr oder weniger unwillig hingenommen. Bei der Miete dagegen besteht die aus dargelegten Gründen bestärkte Meinung, daß mehr als 30 oder 50 Prozent Erhöhung unzulässig und undurchführbar sei.

Gewiß ist es außerordentlich schwer, mit solchen Anschauungen zu rechten. Der Staatsbürger, der ohnedies bis auf einige wenige Ausnahmen nicht weiß, wie er mit seinen Einnahmen auskommen soll, greift selbstverständlich jede Begründung, die ihm höhere Ausgaben spart, bereitwillig auf. Wenn aber die Folgen solcher Zustände darauf hinauslaufen, ihm seine heimische Ruhe zu rauben, wovor ja bei der ständig drohender werdenden Zwangseinquartierung kein Bevölkerungsteil bewahrt bleiben würde, sollten doch Erwägungen Platz greifen, ob nicht durch mäßige und vor allem nicht plötzlich einsetzende vernünftige Erhöhungen der Mieten eine allmähliche Beseitigung dieses beschwerlichen Zustandes möglich sein sollte. Die niederschmetternde Wirkung des sonstigen Abbaues der Zwangswirtschaft, insbesondere desjenigen der Nahrungsmittel, war ja vor allem die ruckweise Erhöhung der Preise, auf die man sich nicht allmählich umstellen konnte, und die allmonatlich mit erhöhten Anforderungen jede Voraussschätzung über den Haufen warf. Hieraus müßte natürlich die gebotene Lehre gezogen werden.

Bisher suchte nun die Oeffentlichkeit, und zwar Reich, Länder und Gemeinden gemeinsam, mit gestaffelten Beiträgen Anregungen zum Heimstättenbau durch „Ueberteuerungszuschüsse" oder „Beihilfedarlehen" zu geben.

Da diese Leistungen aber die jedem Neubau hinderliche Spannung zwischen der Wohnrente in alten und neuerrichteten Häusern nicht aufhoben, waren sie volkswirtschaftlich sinnlos. Sie wirkten außerdem als Geschenke und deshalb verwirrend und

*) Wir geben diese Ausführungen wieder, ohne uns mit allen Folgerungen einverstanden erklären zu können. Die Schriftleitung.

Holländische Denkschrift zur Scheldefrage

(Eigener Drahtbericht.)

Haag, 21. Dezember.

Die Denkschrift, die das hiesige Auswärtige Amt der Kammer anläßlich der Etatsberatung zustellte, beweist, daß die holländische Regierung nicht daran denkt, das Zustandekommen des Vertrages über die Revision der Traktate von 1839 dadurch zu erzielen, daß sie im voraus die von Belgien geforderte Verzichtleistung auf ihre Rechte über die Wieringen ausspricht und dann, wo möglich, noch weitere Konzessionen bezüglich der Schelde und Limburg macht. Ebensowenig wird die holländische Regierung sich dazu verleiten lassen, der belgisch-französischen Allianz, sei es auch nur indirekt, beizutreten. Die belgische Spekulation, daß diese Allianz die Niederlande zu weiteren Zugeständnissen bewegen werde, hat sich als verfehlt erwiesen. Belgien ist jetzt tatsächlich vor die Wahl gestellt, den Vertrag so zu unterzeichnen, wie er im Mai hätte unterzeichnet werden sollen, oder auf die Vorteile zu verzichten, die er bringen würde.

* * *

Die holländische Regierung erklärte in der schriftlichen Einleitung zu den Budgetdebatten, sie könne auf eine etwaige Initiative Belgiens zur Wiederaufnahme der belgisch-holländischen Unterhandlungen über die Revision der Verträge von 1839 nicht eingehen, wenn diese Initiative auf Preisgabe oder Aenderung der bereits früher festgesetzten Basis für eine Uebereinkunft hinziele. „Nieuwe Courant" hofft, die Kammer werde diesen Standpunkt des Außenministers zu dem ihren machen und unterstreichen. „Algemeen Handelsblad" hebt in einem scharfen Leitartikel hervor, man wisse in Belgien offenbar noch nicht, daß Holland auf keinen Fall eine Regelung der Scheldefrage zulassen werde, die es unvermeidlich in jeden Krieg Belgiens hineinziehen würde, und daß sich Holland niemals in das Schlepptau der französischen Auslandspolitik nehmen lassen würde. Bedes müsse der belgischen Regierung endlich einmal unzweifelhaft klargemacht werden. Holland sei berechtigt und es seiner Würde schuldig, Belgien vor die Wahl zu stellen, entweder anzunehmen, was Holland zu geben bereit sei, oder auf eine Revision der Verträge von 1839 zu verzichten.

Der Kampf um den Bahnhof Herbesthal

Die Grenzfestsetzung zwischen Deutschland und Belgien.

Köln, 21. Dezember.

Der deutsche Grenzkommissar teilt nach der „Köln. Ztg." mit: Im Verlaufe der in der vergangenen Woche in Lüttich abgehaltenen Sitzungen der deutsch-belgischen Grenzfestsetzungskommission hat diese die von Deutschland beantragte Rückgabe des der Stadt Aachen gehörigen und für die Wasserversorgung Aachens wichtigen Gutes Haabenden abgelehnt. Das Aachener Wasserwerk auf Brandenburg mit einer 1000 Meter breiten Schutzzone in der Nordostgrenze des Kreises Eupen hat die Kommission Deutschland zuerkannt. Die Straße von Aachen über Lichtenburg—Marienthal fällt hiermit an Deutschland zurück. Die von Deutschland beantragte Rückgabe des Bahnhofes Herbesthal hat die Kommission abgelehnt. Der deutsche Vertreter hat den Antrag auf Rückgabe des Bahnhofes Herbesthal grundsätzlich aufrechterhalten. In den nächsten Sitzungen wird die deutsch-belgische Grenzfestsetzungskommission sich darüber zu entscheiden haben, ob, falls der deutsche Anspruch auf die Rückgabe des Bahnhofes Herbesthal wirklich endgültig abgelehnt werden sollte, ein neuer deutscher Grenzbahnhof auf der Linie Romheide—Herbesthal oder auf der Linie Romheide—Montzen oder auf einer Strecke zwischen diesen beiden Linien errichtet werden soll. Im Verlauf der letzten Verhandlungen hat sich der belgische Vertreter, nachdem von deutscher Seite die Bedeutung der Kostenfrage eingehend beleuchtet worden war, namens der belgischen Regierung bereit erklärt, zu den Kosten des neuen deutschen Grenzbahnhofes einen Beitrag von 22 Millionen Franken zu leisten, falls der neue Grenzbahnhof auf der Linie Romheide—Montzen gebaut wird.

Von der Brüsseler Konferenz

(Drahtbericht.)

Brüssel, 21. Dezember.

Die Besprechungen zwischen den Delegierten der Alliierten und den deutschen Sachverständigen wurden heute den ganzen Tag über fortgesetzt und besonders die Frage des deutschen Eigentums im Auslande, sowie die Ausgleichsfrage dabei behandelt. Die nächste Vollsitzung der Konferenz findet morgen vormittag 10 Uhr statt. Man nimmt an, daß sich nach dieser Sitzung die Konferenz über Weihnachten vertagen wird und ihre Arbeiten am Montag, den 10. Januar 1921 wieder aufnehmen wird. Heute nachmittag haben die Alliierten eine Sitzung untereinander abgehalten und ihre Sachverständigen über verschiedene Punkte gehört. Eine weitere Sitzung der Alliierten findet morgen nachmittag statt.

Frankreichs Sabotage am Völkerbund

(Drahtbericht.)

Basel, 21. Dezember.

Die „Basler Nachrichten" schreiben: Wenn einst Deutschland in den Völkerbund aufgenommen wird, muß auch der Verstand zu seinem Rechte kommen. Deutschland sind zweierlei Friedensbedingungen auferlegt worden: a) solche, die es zu Zahlungen verpflichten, b) solche, die es zahlungsunfähig machen sollen. Wenn es einmal beim Aufnahmeverfahren seine redliche Absicht, seinen internationalen Verpflichtungen nachzukommen, nachzuweisen hat, so wird ruhig zu prüfen sein, ob und wo es trotz guten Willens oder mit bösem Willen im Rückstande ist. Diese Prüfung wird schwierig genug sein; daß französischer Zorn sie nicht bewältigen kann, ist für jeden Zuhörer der Rede Vivianis jetzt schon sicher. Die Rede unseres Bundespräsidenten war eine Tat. Es kommt nicht auf den Grad des Radikalismus an, sondern auf den Grad der Beharrlichkeit im Durchsetzen dessen, was man für recht hält, und da steht denn doch die kleine schwache Schweiz anders da als die mächtige südamerikanische Schwesterrepublik, die ihr eigenes Postulat wortlos im Stich gelassen hat.

Die „Nationalzeitung" sagt: Theoretische Anerkennung für die Universalität des Völkerbundes aus dem Munde von französischen Delegierten empfinden wir als Unaufrichtigkeit. Eine Aufnahme, deren Voraussetzung die Erfüllung von erpreßten Zugeständnissen, von Selbstentwürdigung oder gar von Unmöglichkeiten ist, bedeutet tatsächlich ein Aufnahmeverbot und sabotiert den Völkerbund.

SLUB
Wir führen Wissen.